Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 46 (1999)
Heft: 5

Rubrik: Forum

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Seltsame Widersprüche der Linken

Die wichtigsten eruopäischen Länder mit sozialdemokratischen Regierungen – Grossbritannien, Frankreich und Deutschland – tragen die Luftoffensive der NATO gegen das menschenverachtende serbische Regime voll mit. Entschlossener und überzeugender als die Blair, Cook, Jospin, Schröder, Scharping kann man die Unausweichlichkeit des militärischen Einsatzes gegen wohl ausgesuchte Ziele in Jugoslawien zur Ausschaltung von dessen Militärmacht kaum begründen. Könnte es sein, dass die schweizerische Sozialdemokratie – vor dem Hintergrund des serbischen Vernichtungsfeldzuges gegen Wehrlose und im Lichte der vorerwähnten festen Haltung prominenter ausländischer Gesinnungsfreunde – von ihrer seit über zehn Jahren zunehmend pazifistischer gewordenen Linie abrückt?

Fast möchte man es glauben, wenn etwa SPS-Parteipräsidentin Ursula Koch in der «SonntagsZeitung» vom 11. April verkündet: «Ohne Bodentruppen ist dieses Ziel nicht erreichbar. Es ist doch ganz undenkbar, einen Schlächter einfach wirken zu lassen. Wie häufig haben wir beklagt, dass die Alliierten im Zweiten Weltkrieg nicht viel früher eingegriffen haben, um die Greueltaten an den Juden zu beenden.» Diesen Worten kann man nur zustimmen: Es dämmert nun offenbar auch der SPS-Spitze, dass es Armeen halt doch braucht, dass es sogar die NATO braucht, für welche die gleiche Partei zur Zeit der sowjetischen Bedrohung und noch nachher keinerlei Sympathie aufbrachte.

Nun sollte die SPS nicht nur die Notwendigkeit von Armeen demokratischer Staaten anerkennen. Sondern sie sollte auch eindeutig ja zu militärischen Vorbereitungen sagen. Sie sollte die Konsequenzen aus der Tatsache ziehen, dass sich Streitkräfte nicht improvisieren lassen, dass sie ständig zu unterhalten, auszubilden und immer wieder neu auszurüsten sind. Und sie sollte entsprechend die finanziellen Mittel bejahen, die das erfordert. Das ist heute bestimmt auch für unsere Linke nichts als logisch!

Danan aber müsste die SPS ihre mit der Veröffentlichung der bundesrätlichen Botschaft am 1. März traktandierte «Umverteilungsinitiative» (Halbierung der Militärausgaben der Schweiz) jetzt zurückziehen. Denn diese Initiative ist aus drei Gründen schlicht verantwortungslos: Einmal weil man einen Plafond für die Verteidigungsausgaben nicht in der Verfassung verankert. Drängt sich eine Erhöhung dieser Ausgaben auf, so müsste zuerst die Verfassung per Volksentscheid revidiert werden. Denn, und das ist der zweite Grund, die Zukunft ist auch sicherheitspolitisch nicht voraussehbar. Oder wusste jemand vor zehn Jahren, als die SPS die Armeeabschaffungsinitiative wohlwollend tolerierte, dass bald danach offene Kriege in Europa, im Balkan, in Russland, im Süden der Sowjetunion, die es damals noch gab, geführt würden?

Dazu kommt ein dritter, besonders wichtiger Grund: Die schweizerischen Verteidigungsausgaben sind seit 1990 massiv gesunken. Real um 28 Prozent, die Rüstungsausgaben gar um 39 Prozent. Und sie sinken weiter: Zwischen 1999 und 2001 werden dem VBS (früher EMD) weitere 1100 Millionen gekürzt. Dies als Ergebnis des «runden Tischs». Das VBS wird somit zwischen 1990 und 2001 ganze zwei Jahresbudgets eingespart haben.

Es ist wahrhaftig hoch an der Zeit, nicht einfach in den Tag hineinzupolitisieren, sondern verantwortungsbewusst. Das verlangt, dass die Initiative, zieht sie die SPS nicht doch noch zurück, dem Souverän rasch unterbreitet wird. Erst wenn diese unselige, demagogische Initiative vom Tisch ist, wird man die «Armee XXI» auf Grund einer neuen sicherheitspolitischen Konzeption seriös planen können.

Taten statt Worte: Die SPS sollte nicht nur die NATO-Armeen (verbal) unterstützen – was sie keinen Rappen kostet –, sondern endlich der Abschaffung der eigenen, der Schweizer Armee abschwören und die dahingehenden Beschlüsse des Bieler Parteitags vom 1. Juli 1995 endlich aufheben – und dann die Halbierungsinitiative zurückziehen!

Dr. Willy Loretan,
Ständerat FDP, Zofingen AG

Realität hat SP-Sicherheitsinitiative eingeholt!

Mitte April hat SP-Präsidentin Ursula Koch den Einsatz von Bodentruppen zur Bekämpfung der serbischen Aggression in Kosovo gefordert. Trotz allen inzwischen erfolgten Dementis und Ausflüchten bleibt das sicherheitspolitische Dilemma der SP: Mit der Realität konfrontiert, wird der radikale Abrüstungspazifismus unglaubwürdig, selbst für die eigene Klientel. Faktisch muss die SP heute eine starke Armee und eine glaubwürdige Sicherheitspolitik befürworten. Wenn die SP konsequent sein will, muss sie jetzt die unnötige und überholte Halbierungsinitiative zurückziehen.

Man rieb sich die Augen, als man las, dass SP-Präsidentin Ursula Koch schrieb, dass «wir leider den Krieg als das letzte Instrument der Politik akzeptieren müssen». In einer weiteren Passage des Gastkommentars in der Sonntags Zeitung vom 11. April 1999, für die Frau Koch heute allerdings keine Verantwortung mehr übernehmen will, spricht sie sich sogar für den Einsatz von Bodentruppen aus, um dem serbischen Vernichtungsfeldzug Einhalt zu gebieten. Natürlich hat sie recht, nur verträgt sich diese Position schlecht mit den sicherheitspolitischen Stellungnahmen der SP der letzten Jahre. Der Bundesrat hat kürzlich seine Botschaft zur SP-Initiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Umverteilungsinitiative)» veröffentlicht. Er lehnt die überholte und unnötige Initiative richtigerweise ohne Gegenvorschlag ab.

Das schweizerische Verteidigungsbudget ist in den letzten Jahren – auch ohne Halbierungsinitiative – massiv zusammengestrichen worden. In weniger als zehn Jahren nahmen die entsprechenden Ausgaben um knapp dreissig Prozent ab. Im Vergleich zum Gesamtbudget des Bundes wurden die Verteidigungsausgaben geradezu marginalisiert. Und trotzdem wird in umfangreichen Vorarbeiten eine neue schweizerische Sicherheitspolitik gestaltet, die den heutigen und zukünftigen Herausforderungen gerecht werden wird. Eine solche moderne Sicherheitspolitik benötigt aber auch entsprechende Mittel. Die Initiative, die eine weitere Halbierung des Budgets verlangt, steht damit völlig quer in der Landschaft. Mit der Einkehr der Erkenntnis – unter dem Druck der realen Ereignisse – bei einigen führenden SP-Exponenten ist damit auch der Zeitpunkt gekommen, zu dem man konsequenterweise die chancenlose Halbierungsinitiative zurückziehen muss. Eine Haltung, die eine starke Armee nur von andern Staaten verlangt und jene zum Bodentruppeneinsatz auffordert, wäre wohl der Gipfel der Heuchelei.

Die Waffenexportverbotsinitiative aus denselben Kreisen wurde vor knapp zwei Jahren von Volk und Ständen mit über drei Vierteln Nein-Anteil massiv verworfen. Ein ähnliches Schicksal und eine ähnliche Niederlage droht der SP auch diesmal. Wenn sogar Teile der eigenen Klientel indirekt eine starke Armee befürworten müssen, wird diese Niederlage um so klarer ausfallen.

Karl Tschuppert,
Nationalrat FDP, Ettiswil LU